S 6 KN 189/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 6 KN 189/01 Datum 02.07.2003

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 KN 28/03 Datum 17.10.2003

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Cottbus vom 02. Juli 2003 wird zurĹ⁄4ckgewiesen.

Die Beteiligten haben einander auÄ ergerichtliche Kosten auch des Berufungsverfahrens nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Der Kläger begehrt Ã□bergangsgeld im Anschluss an eine berufsfördernde Leistung zur Rehabilitation.

Der im â | 1959 geborene, verheiratete Klà xger nahm nach einer von der Beklagten im Rahmen berufsfà ¶rdernder Leistungen zur Rehabilitation erbrachten und erfolgreich abgeschlossenen Umschulung zum Kaufmann fà ¼r die Grundstà ¼cks- und Wohnungswirtschaft (06. Mai 1996 bis 14. Januar 1998) an einer von der Beklagten wiederum als berufsfà ¶rdernde Leistung zur Rehabilitation gefà ¶rderten kaufmà xnnischen Weiterbildung zum Fachmann fà ¼r multimediale

BÃ $\frac{1}{4}$ rokommunikation bei der CDI â $\boxed{}$ Deutsche Private Akademie fÃ $\frac{1}{4}$ r Wirtschaft GmbH/C. vom 02. Mai 2000 bis 20. April 2001 teil (Bescheid vom 03. April 2000). FÃ $\frac{1}{4}$ r diese Zeit erhielt er von der Beklagten Ã $\boxed{}$ bergangsgeld; Bescheide vom 15. Mai 2000, 27. Oktober 2000 und 12. April 2001.

Die CDI-Qualifizierungsordnung sah u.a. eine Qualifizierung gegliedert in BIöcke, Bausteine, Bausteintage und Doppelstunden (Instruktion, Training, Bausteinprýfung) vor. Von den Teilnehmern wurden sog. Bausteinprüfungen gefordert. So regelte Punkt 3.2. der Qualifizierungsordnung ("Bausteinprüfungen") u.a.: "Jeder Baustein bzw. jede Einheit einer Teilzeitqualifizierung endet mit einer entsprechenden schriftlichen bzw. praktischen Prüfung. Diese Wissens- und Fertigkeitsprüfung wird nach einem 100-Punkte-Schema bewertet â 1 Die Lösungen werden nach folgendem Punkteschema bewertet: 100 â 1 88 = â 1 mit sehr gutem Erfolgâ 1 87 â 1 76 = â 1 mit gutem Erfolgâ 1 75 â 1 63 = â 1 mit Erfolgâ 1 62 â 1 51 â 1 mit ausreichendem Erfolgâ 1 und 50 â 1 00 â 1 nicht ausreichende Leistungenâ 1 â 1 Je Block kann eine Bausteinprüfung nachgeholt oder wiederholt werden, â 1 !"

Der Kläger beendete die MaÃ□nahme mit dem Ergebnis "ohne ausreichende Leistungen (36 %)"; Zeugnis vom 04. April 2001. Der Kläger war ausweislich dieses Zeugnisses bei einem Unterrichtsvolumen von insgesamt 1216 Unterrichtsstunden von 152 Unterrichtstagen an 117 Unterrichtstagen anwesend.

Nach einer Bescheinigung des Arbeitsamtes Cottbus vom 06. März 2001 hatte sich der Kläger "im Anschluss an die berufsfördernde Leistung zur Rehabilitation am 06.3.01 arbeitslos gemeldet und steht/stand der beruflichen Eingliederung zur Verfügung." Das Arbeitsamt teilte darin der Beklagten mit, dass der Kläger keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld habe, weil der Anspruch erschöpft sei. Vom 21. April 2001 bis 28. Mai 2001 bezog der Kläger Arbeitslosenhilfe, vom 29. Mai 2001 bis 26. Juni 2001 nahm er an einer medizinischen RehabilitationsmaÃ□nahme in der Knappschaftsklinik Borkum teil und erhielt Ã□bergangsgeld. Ab 27. Juni 2001 bezog der Kläger wieder Arbeitslosenhilfe.

Durch Bescheid vom 15. Mai 2001 lehnte die Beklagte eine Weiterzahlung des Ä\[]bergangsgeldes ab 21. April 2001 im Anschluss an die Weiterbildungsma\(\tilde{A} \) nahme bei der CDI ab, weil er die berufliche Ma\(\tilde{A} \) nahme nicht mit Erfolg abgeschlossen habe.

Der KlĤger legte hiergegen am 23. Mai 2001 Widerspruch im Wesentlichen mit der Begründung ein, aus <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 3</u> des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) gehe nicht hervor, dass ein erfolgreicher Abschluss vorliegen müsse. Er habe den Lehrgang weder abgebrochen noch sei sein Fehlen bei den 14-tägigen Prüfungen auf unentschuldigtes Fehlen zurückzuführen. Er habe hieran aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen nicht teilnehmen können. Die MaÃ∏nahme habe nicht mit einer Abschlussprüfung geendet. Demzufolge habe die Möglichkeit einer Wiederholungsprüfung zur Verbesserung des Ergebnisses nicht bestanden. Bei der MaÃ∏nahme handele es sich auch nicht um eine berufliche Neuorientierung, sondern um eine Weiterbildung/Auffrischung des vorhandenen

Wissens seiner beruflichen Rehabilitation (Kaufmann der Grundst $\tilde{A}^{1}/_{4}$ cks- und Wohnungswirtschaft). Sie sei nicht von ihm abgebrochen worden. Ihm st $\tilde{A}^{1}/_{4}$ nde Anschluss $\tilde{A}^{1}/_{4}$ bergangsgeld zu.

Durch Widerspruchsbescheid vom 13. November 2001 wurde der Widerspruch zurĽckgewiesen. Mit dem Bewilligungsbescheid vom 03. April 2000 sei er darauf hingewiesen worden, dass die berufsfĶrdernde Leistung mit dem Bestehen der Abschlussprļfung ende. Werde die Abschlussprļfung nicht oder in einem wesentlichen Teil nicht bestanden, ende die Leistung des Ä∏bergangsgeldes mit dem Tage der Bekanntgabe des Ergebnisses. Das Zeugnis der CDI belege, dass er an der beruflichen RehabilitationsmaÄ∏nahme ohne ausreichende Leistungen (36 %) teilgenommen habe.

Der Klå¤ger hat am 04. Dezember 2001 Klage vor dem Sozialgericht Cottbus erhoben und sein Begehren weiter verfolgt. Die WeiterbildungsmaÄ∏nahme habe planmĤÄ∏ig ohne Abschlussprüfung geendet. Er habe nur ein Zeugnis erhalten. Die Beklagte fordere insoweit zu Unrecht die Erfüllung einer Abschlussprüfung. § 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI verlange nicht, dass eine Abschlussprüfung positiv bestanden sein mÃ⅓sse. Es dürfe nur nicht so sein, dass von Seiten des Geförderten die MaÃ∏nahme vorzeitig abgebrochen werde. Dies sei bei ihm nicht der Fall gewesen. Vielmehr habe er die MaÃ∏nahme vollständig abgeschlossen. Dass das Zeugnis nicht ausreichende Leistungen bescheinige, sei insoweit daher unmaÃ∏geblich. Wegen Erkrankungen während des Weiterbildungszeitraumes habe er häufiger gefehlt. Hieraus dürfe ihm kein Nachteil erwachsen.

Das Sozialgericht Cottbus hat durch Urteil vom 02. Juli 2003 die Klage abgewiesen. Der KlĤger habe die MaÃ□nahme nicht mit Erfolg bestanden. Wenn die MaÃ□nahme nicht mit Erfolg abgeschlossen werde, sei es nicht Aufgabe des Rentenversicherungsträgers, den arbeitslosen Versicherten ù¼ber die Beendigung der MaÃ□nahme hinaus zu unterstù¼tzen, da die Arbeitslosigkeit in einem solchen Fall in keinem Zusammenhang mit der MaÃ□nahme stehe. Das Risiko der Arbeitslosigkeit falle damit in den Verantwortungsbereich der Bundesanstalt fù¼r Arbeit. Der MaÃ□nahmeträger habe jedoch mitgeteilt, der Kläger habe die MaÃ□nahme ohne Erfolg beendet.

Gegen das am 11. Juli 2003 zugestellte Urteil hat der KlĤger am 11. August 2003 Berufung bei dem Landessozialgericht fļr das Land Brandenburg eingelegt. Er trĤgt vor: Bei der QualifizierungsmaÃ∏nahme habe es sich nicht um einen Umschulungslehrgang mit Abschlussprüfung, sondern um einen Auffrischungslehrgang im Hinblick auf den von ihm bereits mit Erfolg erlangten IHK-Abschluss zum Kaufmann der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft gehandelt. Er habe schon vor dem Auffrischungslehrgang über Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, um den Umschulungsberuf als Kaufmann der Grundstücks- und Wohnungswirtschaft auszuüben. Daraus lasse sich, auch wenn er aufgrund entschuldigter Fehlzeiten wegen Erkrankung nicht an der erforderlichen Zahl der Prüfungen habe teilnehmen können, nicht feststellen, dass hier nicht auch vertiefende Kenntnisse erlangt worden seien, die seine Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt gefördert hätten. Es reiche im vorliegenden Fall aus, dass er die

MaÃ□nahme bis zum MaÃ□nahmeende besucht habe und insoweit unstreitig aufgrund unverschuldeter Fehlzeiten im MaÃ□nahmezeugnis keine ausreichenden Leistungen bescheinigt worden seien.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Cottbus vom 02. Juli 2003 sowie den Bescheid der Beklagten vom 15. Mai 2001 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 13. November 2001 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, ihm Anschlussübergangsgeld vom 21. April 2001 bis 28. Mai 2001 und vom 27. Juni 2001 bis 20. Juli 2001 zu gewähren.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurļckzuweisen.

Sie nimmt zur Begründung im Wesentlichen Bezug auf ihr Vorbringen im erstinstanzlichen Verfahren sowie auf die Entscheidungsgründe des angefochtenen Urteils.

Wegen der weiteren Einzelheiten zum Vorbringen der Beteiligten und wegen des Verfahrens wird auf die Gerichtsakten zu diesem Verfahren sowie die Verwaltungsakten der Beklagten (VSNR: â□¦II. Behelfsakte), die Gerichtsakten L 3 KN 8/99 und L 3 KN 2/02 einschlieÃ□lich der weiteren Verwaltungsakten der Beklagten (Hauptverwaltungsakte und 3 Bände "Akte I-III"; VSNR.: â□¦) und die Leistungsakten des Arbeitsamtes Cottbus (Kundenr.: â□¦â□□ 2 Bände) Bezug genommen. Die Akten haben vorgelegen und sind Gegenstand der mù⁄₄ndlichen Verhandlung gewesen.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung ist unbegründet. Das Sozialgericht hat die Klage zu Recht abgewiesen. Die Verwaltungsentscheidungen der Beklagten sind rechtmäÃ∏ig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten. Er hat für die streitbefangenen Zeiträume keinen Anspruch auf Anschlussübergangsgeld.

MaÃ \square gebend hierfÃ 1 4r ist <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI</u> in der durch Art. 6 Nr. 5 ArbeitsfÃ \P rderungs-Reformgesetz â \square \square AFRG (vom 24. MÃ#xrz 1997 â \square \square BGBI. I S. 594) mit Wirkung vom 01. Januar 1998 geÃ#nderten Fassung (im Folgenden <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI</u> a. F.).

Diese durch Art. 6 Nr. 18 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) â Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen â vom 19. Juni 2001 (BGBI. I S. 1046) mit Wirkung vom 01. Juli 2001 aufgehobene Vorschrift (Art. 68 Abs. 1 SGB IX) ist nach der à bergangsregelung des Art. 67 Abs. 1 SGB IX i.V.m. § 301 Abs. 1 Satz 1 SGB VI vorliegend weiter anzuwenden, denn die kaufm Äxnnische Weiterbildung zum Kaufmann fà rultimediale Bà rokommunikation bei der CDI â Deutsche Private Akademie fà virtschaft GmbH/Cottbus vom 02. Mai 2000 bis 20. April

2001 war dem Kl \tilde{A} ¤ger von der Beklagten auf der Grundlage von \hat{A} § 16 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI (in der bis zum 30. Juni 2001 geltenden Fassung = a.F.) durch Bescheid vom 03. April 2000 bewilligt worden.

Die Voraussetzungen des <u>§ 25 Abs 3 Nr. 3 SGB VI</u> a. F. sind zu Gunsten des KIägers jedoch nicht erfýIIt. Danach wird das Ã□bergangsgeld fþr bis zu drei Monate weiter erbracht, wenn Versicherte im Anschluss an eine abgeschlossene berufsfördernde Leistung arbeitslos sind, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet haben und einen Anspruch auf Arbeitslosengeld von mindestens drei Monaten nicht geltend machen können.

Dieses trifft beim KlĤger nur zum Teil zu. WĤhrend der Dauer der fast einjĤhrigen berufsfĶrdernden Leistung zur Rehabilitation erhielt er von der Beklagten Ä□bergangsgeld. Die bei der CDI absolvierte MaÄ□nahme stellte eine berufsfĶrdernde Leistung zur Rehabilitation i.S. von § 16 Abs. 1 Nr. 3 SGB VI a. F. dar. Im Anschluss an diese MaÄ□nahme war der KlĤger arbeitslos. Er hat sich gemĤÄ□ der am 06. MĤrz 2001 ausgestellten Bescheinigung des Arbeitsamtes Cottbus auch am selben Tage beim Arbeitsamt arbeitslos (mit Wirkung vom 21. April 2001) gemeldet und stand der beruflichen Eingliederung zur VerfĹ¼gung. Es fehlt im Falle des KlĤgers aber an einer "abgeschlossenen berufsfĶrdernden Leistung" i.S. des § 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI a. F., weshalb er keinen Anspruch auf Weiterzahlung von Ã□bergangsgeld im Anschluss an die WeiterbildungsmaÃ□nahme bei der CDI hat.

Nach der vom Senat für überzeugend und zutreffend gehaltenen Rechtsprechung des BSG (Urteil vom 23. Februar 2000 â∏ B 5 RI 38/98 R â∏∏ in: HVBG-INFO 2000, 2428-2431) bedeutet Abschluss, dass die vom RehabilitationstrĤger gefĶrderte MaÄ∏nahme mit Erfolg beendet worden ist. Dies ergibt sich aus dem Zweck der WeitergewĤhrung von Ä∏bergangsgeld im Falle einer sich an die berufsfĶrdernde MaÄ∏nahme anschlieÄ∏enden Arbeitslosigkeit. Wird dagegen eine berufsfördernde MaÃ□nahme erfolglos beendet, ist es nicht Aufgabe des für die Rehabilitation zuständigen Versicherungsträgers, den arbeitslosen Versicherten über die Beendigung der MaÃ∏nahme hinaus zu unterstýtzen, da die Arbeitslosigkeit in einem solchen Fall in keinem Zusammenhang mit der MaAnahme steht. Das Risiko der Arbeitslosigkeit fAxIIt dann in den Verantwortungsbereich der Arbeitsverwaltung, sofern nicht die Voraussetzungen des <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 4 SGB VI</u> (in der bis zum 30. Juni 2001 geltenden Fassung) vorliegen und vor Beginn einer erforderlichen weiteren berufsfå¶rdernden Leistung die Gewå¤hrung von Zwischenå¼bergangsgeld in Betracht kommt (vgl. zum früheren Rechtszustand â∏∏ <u>§ 1241e RVO</u> â∏∏ BSG, 1241e Nr. 5 S. 10; BSG, Urteil vom 08. Februar 1979 â∏ 4 RJ 65/78 â∏ Breith. 1979, 801; Hoppe, Urteilsanmerkung, AuB 1979, 91; ferner Kreikebohm, SGB VI-Kommentar, 1997, § 25 Rdnr. 8; Verbandskommentar-SGB VI, § 25 Rdnr. 10, Stand Januar 1998).

Bei der Frage, ob eine berufsfå¶rdernde MaÃ∏nahme erfolgreich oder erfolglos abgeschlossen worden ist, muss unterschieden werden, ob die MaÃ∏nahme mit

oder ohne $Pr\tilde{A}_{4}^{1}$ fung geendet hat. Berufsf \tilde{A} ¶rdernde $Ma\tilde{A}_{2}^{1}$ nahmen, die mit einer Abschlusspr \tilde{A}_{4}^{1} fung und der entsprechenden Zeugniserteilung enden, sind nach st \tilde{A}_{2}^{1} ndiger Rechtsprechung des BSG nur dann erfolgreich abgeschlossen, wenn der Rehabilitand die vorgesehene $Pr\tilde{A}_{4}^{1}$ fung bestanden hat (vgl. BSG, Urteile vom 12. September 1978 \hat{a}_{2}^{1} 5 RJ 8/78 \hat{a}_{2}^{1} BSGE 47, 51, 52 f. = SozR 2200 \hat{A}_{2}^{1} 1241e Nr. 5 S. 10; vom 13. September 1978 \hat{a}_{2}^{1} 5 RJ 94/77 \hat{a}_{2}^{1} SozR 2200 \hat{A}_{2}^{1} 1246 Nr. 32; vom 8. Februar 1979 \hat{a}_{2}^{1} 4 RJ 65/78 \hat{a}_{2}^{1} Breith. 1979, 801). Denn nur dann kann davon ausgegangen werden, dass der Versicherte das Ma \hat{A}_{2}^{1} nahmeziel erreicht und die vermittelten Kenntnisse und F \hat{A}_{2}^{1} nigkeiten tats \hat{A}_{2}^{1} chlich erworben hat. F \hat{A}_{2}^{1} r einen erfolgreichen Abschluss der berufsf \hat{A}_{2}^{1} ndernden Ma \hat{A}_{2}^{1} nahme und die Weitergew \hat{A}_{2}^{1} nrung von \hat{A}_{2}^{1} bergangsgeld nicht erforderlich ist hingegen, dass der Versicherte nach der Beendigung der Ma \hat{A}_{2}^{1} nahme auch einen entsprechenden Arbeitsplatz gefunden hat (vgl. a. BSG, Urteil vom 13. September 1978 \hat{a}_{2}^{1} 5 RJ 94/77 \hat{a}_{2}^{1} SozR 2200 \hat{A}_{2}^{1} 1246 Nr. 32).

Wenn dagegen die vorgesehene Prüfung nicht bestanden oder die MaÃ∏nahme vorzeitig abgebrochen wird, kann von einem erfolgreichen Abschluss der MaÃ∏nahme keine Rede sein. Anders verhält es sich bei berufsfördernden MaÃ∏nahmen, die keine Abschlussprüfung vorsehen, die das Erreichen des MaÃ∏nahmeziels dokumentiert. Hierbei ist von einem erfolgreichen Abschluss dann auszugehen, wenn der Rehabilitand die bewilligte MaÃ∏nahme planmäÃ∏ig durchlaufen und daran bis zu dem vorgesehenen Ende nachweislich teilgenommen hat (Bayerlein/Engelbrecht/ Meyer/Wiesel, Die Ã∏bergangsgeldvorschriften, MittLVA Oberfr 1992, 589, 609; Ebenhöch in Gemeinschafts-Kommentar-SGB VI, § 25 Rdnr. 70, Stand Oktober 1999; Römer in Hauck, SGB VII-Kommentar, K § 50 Rdnr. 13, Stand April 1998). Ebenso wie bei MaÃ∏nahmen, die mit einer Prüfung abschlieÃ∏en, ist es für einen erfolgreichen Abschluss nicht erforderlich, dass der Rehabilitand im Anschluss an die MaÃ∏nahme in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen wird.

Ausgehend von diesen GrundsÄxtzen steht dem KlÄxger Anschlussļbergangsgeld nicht zu. Vorliegend endete seine berufliche Rehabilitationsma̸nahme zwar nicht durch eine Abschlussprüfung im engeren Sinne, d.h. zeitlich am Ende der ca. ein Jahr dauernden Qualifizierungsma̸nahme. Mithin war keine Prüfung erforderlich, die erst am Ende der Ma̸nahme abzulegen war. Der Aufbau der QualifizierungsmaÄnnahme gestaltete sich in Form von Lehrgangsbausteinen. Am Ende eines jeden Bausteines stand eine Klausur-Prüfung. Erst beim Bestehen einer Vielzahl von Klausuren/Bausteinen war eine erfolgreiche Teilnahme an der MaÃ⊓nahme vorgesehen. Der Kläger hat entschuldigt aufgrund von Erkrankungen nicht an dem erforderlichen Ma̸ der Klausur-Prüfungen teilnehmen können, was von ihm nicht zu vertreten ist. Ihm ist jedoch das Zeugnis vom 04. April 2001 mit dem Ergebnis "ohne ausreichende Leistungen (36 %)" erteilt worden. Hieraus folgt, dass der KlĤger den Lehrgang nicht mit Erfolg besucht hat, ohne dass es darauf ankommt, ob der KlĤger hierfļr einzutreten hat oder nicht. Der KlĤger hat somit an dem Lehrgang nicht erfolgreich teilgenommen und ihn deswegen nicht i.S. des <u>§ 25 Abs. 3 Nr. 3 SGB VI</u> a. F. abgeschlossen. Da nach der vom Senat fþr überzeugend gehaltenen Rechtsprechung des BSG (Urteil vom 23. Februar 2000 â∏ B 5 RI 38/98 R â∏ a.a.O.) der erfolgreiche Abschluss der MaÃ∏nahme aber

Voraussetzung für die Gewährung von Anschlussübergangsgeld ist, ein erfolgreicher Abschluss aber nicht vorliegt, steht dem Kläger die begehrte Leistung nicht zu.

Zu Gunsten des Klägers ergibt sich nichts anderes aus § 25 Abs. 3 Nr. 4 lit. b) SGB VI (a.F). Danach wird auch für den Zeitraum Ã□bergangsgeld erbracht, in dem Versicherte nach Abschluss von u.a. berufsfördernden Leistungen in eine zumutbare Beschäftigung nicht vermittelt werden können, wenn berufsfördernde Leistungen erforderlich sind, die dem Grunde nach einen Anspruch auf Ã□bergangsgeld bewirken, und aus Gründen, die die Versicherten nicht zu vertreten haben, nicht unmittelbar anschlieÃ□end erbracht werden können. Zwar ist der Kläger nach Beendigung der MaÃ□nahme ab 21. April 2001 nicht in eine zumutbare Beschäftigung vom Arbeitsamt Cottbus vermittelt worden. Er bezog danach Arbeitslosenhilfe. Ihm wurde aber von der Beklagten keine berufsfördernde Leistung mehr (später) bewilligt, sondern (erst) ab 29. Mai 2001 eine medizinische Rehabilitationsleistung. Insoweit liegen die anspruchsbegrþndenden Voraussetzungen von § 25 Abs. 3 Nr. 4 lit. b) SGB VI nicht vor.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten beruht auf $\frac{\hat{A}\S 193 \text{ Abs. 1}}{1}$ Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Die Revision war nicht zuzulassen, weil die Voraussetzungen von <u>§ 160 Abs. 2 Nrn</u>. 1 und 2 SGG nicht vorgelegen haben.

Erstellt am: 11.05.2004

Zuletzt verändert am: 22.12.2024